

FREIZEITWISSENSCHAFT IN EUROPA

PETER ZELLMANN · WIEN

Freizeit: Ein europäisches Netzwerk zwischen Politik, Wissenschaft und Ausbildung

Anstelle einer Einleitung: die Vision

Die Themenstellung signalisiert Klarheit: die Politik hat die Bedeutung des Wertewandels in der Gesellschaft erkannt. Diese Veränderungen sind am deutlichsten im „Nichtarbeitsbereich“ (sowie im außerschulischen Bereich) entstanden und zu erkennen, wirken jedoch stark auf die Berufswelt zurück. Der lange Arm der Freizeit wird immer stärker (vgl. Opaschowski 1990, 1994).

Dieser Zusammenhang findet in Parteiprogrammen und Regierungserklärungen seinen Niederschlag.

Sozial-, Kultur-, Umwelt-, Familien-, Schul-, Sport-, ... politik sind ohne Komponente einer – diese klassischen politischen Disziplinen vernetzenden, verbindenden – modernen Freizeitpolitik nicht mehr denkbar.

Dieses neue politische Handlungsfeld steht aber, entsprechend seinem modernen Ansatz und Selbstverständnis, nicht für ein „neues Amt“, steht nicht in Konkurrenz zu etablierten „Machtblöcken“, will nicht ersetzen sondern – im Sinne einer Querschnittsaufgabe – ergänzen.

Freizeitpolitische, besser: freizeitwissenschaftliche Abteilungen finden sich zunehmend in Tätigkeitsfeldern der Forschung und Lehre, in Einrichtungen der Gemeinde-, Stadt- und Länderverwaltungen: an der entscheidungsfindenden Basis ansetzend, bürger- und damit bedürfnisnahe Diskussionsbeiträge einbringend.

Klar, daß in einem derart verantwortungsbewußt, zukunftsorientiert ausgerichteten politischen Alltag auch in der Bevölkerung eine entsprechende Einsicht für den Stellenwert einer Freizeitpolitik entsteht.

Menschen aller Altersstufen haben Sinn, Wert und Zweck des Dienstleistungsangebotes „Freizeitpädagogik“, als eine der Folgen (Auswirkungen) von Freizeitwissenschaft und Freizeitpolitik längst erkannt und schätzen gelernt.

Freizeitpolitik schafft viele neue Berufsfelder, die Qualifizierung der darin tätigen Personen ist – insbesondere – den Bildungspolitikern ein wichtiges Anliegen. Nicht nur qualitativ, auch in quantitativer Hinsicht:

Arbeitsplätze bietet der Freizeitbereich nicht nur in Theorie (Forschung, Lehre, Ausbildung) sondern auch noch um vieles mehr in der Praxis: Betreuer, Organisatoren, ...

Folgende Differenzierung innerhalb der Freizeitberufe läßt sich – nach Nahrstedt (1993) – gegenwärtig erkennen:

- Freizeitpädagoge/Animateur/Freizeitberater
- Freizeitleiter/Freizeitadministrator/Freizeitmanager
- Freizeitplaner/Freizeitökonom/Freizeitpolitiker
- Freizeitlehrer/Freizeitdozent/Freizeitwissenschaftler
- Freizeit-Organisations-Berater.

Weitere Aufgliederungen oder auch stärkere Kombinationen sind je nach Praxisfeld, Trägerorganisation, Ausbildungseinrichtung, Theorieansatz denkbar.

Beispiel:

Mögliche weitere Differenzierung für den Freizeitpädagogen/Animateur: Berufstyp 1: Freizeit- und Kulturfachmann für den unmittelbaren Kontakt mit dem Bürger im Freizeitbereich, für primäre Serviceleistung im sozio-kulturellen Bereich.

Freizeitpädagoge

- Animateur (z. B. Klubraum im Freizeithaus, Aufenthaltsraum im Ferienhotel)
- Freizeitberater (z. B. Beratungsraum/-stelle)
- Programmgestalter (z. B. Kurse)
- Gruppenleiter (z. B. Jugendgruppe)
- Interpret (Museum, Sightseeingbus)
- Therapeutischer Freizeitberater (z. B. Kuranstalt)
- Politischer Freizeitberater (z. B. Heimat, Bürgerinitiative).

Freizeitberufe in Europa

Beispiele aus den verschiedenen Ländern zeigen eine zunehmende Entwicklung und Professionalisierung von Freizeitberufen, Professionalisierung heißt dabei u. a.:

- Zuwachs an Zahl von Angehörigen der Freizeitberufe
- Entwicklung von Berufsorganisationen
- Entwicklung einer formalisierten Aus- und Weiterbildung bis in den akademischen Bereich hinein
- Entwicklung von Fachzeitschriften mit mehr praktischer wie mit mehr wissenschaftlicher Orientierung
- Entwicklung von Freizeitforschung
- Freizeitkongresse.

Dieser Professionalisierungsprozeß hat in den USA seit etwa 1900, in Schweden seit etwa 1950, in Polen wie in Deutschland und Österreich sowie in vielen anderen europäischen Ländern seit etwa 1970 eingesetzt (Nahrstedt/Mugglin, 1977; Nahrstedt, 1977).

Ein Szenario, das auch nicht annähernd den Gegebenheiten entspricht. Es ist aber auch in einem wissenschaftlichen Beitrag sinnvoll, und im Sinne eines Impulses an

den Beginn der zu entwickelnden Gedankengänge bzw. der Zusammenstellung eines Ist-Zustandes, jene „realistische Utopie“ zu stellen, die das Ziel der Forschungsarbeit darstellt und eben als gegeben voraussetzt. Der Weg ist das Ziel? Das Ziel ist – vorerst – der Weg!

Die pragmatischen Voraussetzungen

Freizeit als Aufgabenstellung für Forschung und Lehre hat sich für eine Weiterentwicklung ihres Aufgabenbereichs mit folgenden Disziplinen – besser als bisher – auseinanderzusetzen bzw. zu vernetzen.

1. Freizeit als Gegenstand der Politik
 - * Bildungspolitik im allgemeinen
 - * Freizeit- und Tourismuspolitik
2. Freizeit als Gegenstand der Wissenschaft
 - * Freizeitforschung
 - * Vernetzung mit und gleichzeitige thematische Abgrenzung gegenüber verwandten Wissenschaftsbereichen
3. Freizeit als Beruf
 - * Freizeitpädagogik
 - * Ausbildungen im Freizeit- und Tourismusbereich

Europaweit (vgl. Bramham, et. al. 1994) lassen sich folgende Defizite der Freizeitentwicklung feststellen:

1. Freizeitpolitik als vernetzte Querschnittsaufgabe findet in keinem europäischen Land wirklich statt.
Sie zerfällt in den meisten Staaten in Teilbereiche – eine Zusammenfassung ist nicht gelungen.
2. Eine Freizeitwissenschaft als „leisure sciences“ gibt es in Europa nur in einzelnen Staaten ansatzweise (D, B, NL), in den meisten Ländern jedoch gar nicht.
3. Eine Freizeitpädagogik entstand wohl in den letzten 20 Jahren.
Sie hat sich meines Erachtens jedoch viel zu früh auf Fragen der Berufsausbildungen reduziert und die allgemeinen politischen Voraussetzungen und wissenschaftlichen Rahmenbedingungen vernachlässigt.

Die Entwicklung der Freizeitpädagogik in Europa

Die moderne europäische Freizeitpädagogik entwickelte sich in den letzten 20 Jahren vor allem aus zwei Wurzeln. Der angelsächsischen – mit vorherrschend ökonomischer, organisatorischer Aufgabenstellung; und der nord- bzw. mitteleuropäischen mit eher pädagogischer Zielsetzung.

Ein statistischer Überblick über die Anzahl bzw. Verteilung der aktuellen Freizeitcurricula in den Ländern Europas läßt dies auf einen Blick erkennen:

Freizeit-Curricula in den Ländern Europas 1991



Quelle: D'AMOURS (Ed.) 1991 a.a.O.

LB1 1894

„Die meisten Freizeit-Curricula wurden in der hochindustrialisierten westeuropäischen Region entwickelt, zu der Großbritannien, die Niederlande, Belgien, Frankreich, Deutschland (West), die Schweiz gehören. Diese Region wurde auch als „Bananenregion“ bezeichnet, weil sie die Form einer Banane aufweist. Außerdem läßt sich eine Häufung von Freizeit-Curricula für Schweden erkennen. Schweden zusammen mit Dänemark, Deutschland, Frankreich und die Schweiz lassen sich als eine zweite mitteleuropäische Region von Freizeit-Curricula zusammenfassen.

Beide Regionen repräsentieren zwei sich überlagernde Tendenzen. Die ältere Tendenz hat sich bereits seit den 50er-Jahren in Mitteleuropa entwickelt. Freizeit-Curricula wurden vorwiegend aus einem sozialen und pädagogischen Ansatz heraus für Freizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche in den Wohngebieten geschaffen. Die Ausbildungen wurden häufig nicht-akademisch organisiert und von Praxisorganisationen getragen. Dieser traditionelle Ansatz läßt sich als Freizeitpädagogik zusammenfassen. Ihnen entsprechen in den anderen europäischen Ländern Begriffe wie fritidspedagog und fritidslederer in Skandinavien, leadership, counselling, interpreting, teaching, arranging (Großbritannien/USA) und Animation (Frankreich/Schweiz).

Der jüngere Typ von Freizeit-Curricula entsteht vor allem von Großbritannien ausgehend seit den 80er Jahren auf der Basis eines vor allem ökonomischen (organisatorischen / Anm. d. Verf.) Ansatzes im Bereich Tourismus. Dieser Typ von Freizeit-Curricula wird vorwiegend in akademischen Institutionen entwickelt.

Aufgabe für die nächsten Jahre scheint zu sein, diese beiden Typen von Freizeit-Curricula, den älteren Typ der Freizeitpädagogik und den jüngeren Typ des Freizeitmanagements, miteinander zu verbinden. Einen Überblick über die Entwicklung in den 3 ausgewählten europäischen Ländern Schweden, Großbritannien und Frankreich läßt erkennen, wie dieser Prozeß der Annäherung und teilweisen Integration bereits im vollen Gange ist und auf unterschiedliche Weise erfolgt“ (Nahrstedt, 1993, S. 230ff).

Im Vergleich zu den eher gut entwickelten Ansätzen von Freizeitpolitik und Freizeitforschung in Großbritannien (angelsächsischer Raum) fällt schon die Schwierigkeit bei der Definition des Freizeitbegriffes auf:

Der englische Begriff „leisure“ findet im deutschen „Freizeit“-Begriff nur unzureichend seine Übersetzung. Die wörtliche Übersetzung des deutschsprachigen, eben in erster Linie quantifizierenden Begriffes, lautet: „free-time“ und umfaßt inhaltlich eben viel weniger als „leisure“.

Dieser „leisure“ Begriff beinhaltet viel mehr die Werte: Muße, Wohlbefinden, Selbstverwirklichung – drückt deutlicher den Eigenwert der Freizeit in qualitativer Hinsicht aus.

Dennoch ist auch in der englischsprachigen Literatur der Hinweis zu finden, daß „leisure policy“ von vielen als Widerspruch in sich gesehen wird: staatliche (öffentliche) Regulierung in einem Lebensbereich, der von mündigen (autonomen)

BürgerInnen selbst organisiert und gestaltet werden soll? Einflußnahme in die Privatsphäre der Menschen?

Nahrstedt, unbestritten der Begründer der modernen Freizeitpädagogik ab den 60er-Jahren, formuliert, wenn er über Freizeit-Berufe reflektiert, ähnlich: „In diesem Begriff steckt ein für Industriegesellschaften typischer Widerspruch. Freizeit, kaum der Arbeitszeit mühsam abgerungen, wird Beute neuer Berufe und erneuter professioneller Fremdbestimmung. Das abendländische Arbeitsethos verschont die Freizeit nicht. Der Widerspruch läßt sich – wenn überhaupt – nur über einen kritischen Begriff von Freizeit-Qualität lösen, in dem die Erweiterung der Selbstbestimmung und der Demokratie-Fortschritt über Freizeit als gesellschaftliche Lernziele mitgedacht werden. Sie zu erreichen setzt ein neues Verständnis von Lernen, Pädagogik und Beruf voraus“ (Nahrstedt, 1993).

Antworten auf die aufgeworfenen Fragen ergeben sich bei entsprechend positivem, konstruktivem Denkansatz von selbst.

Es geht in erster Linie um das Schaffen von Rahmenbedingungen und das Ausschöpfen von Ressourcen, und nicht um Vorschriften, Programmvorstellungen und Manipulation. Denn letztendlich ist auch ohne spezielle Freizeitpolitik klar:

„All organisations involved in leisure aim to influence our behavior“ (Bramham et al., 1993, S. 1).

Erst durch das Schaffen von Rahmenbedingungen, durch den (politischen) Ausgleich von Benachteiligungen, Nachteilen, Ungerechtigkeiten, Diskriminierungen, ... etc, entsteht wirklicher Freiraum!

„It is essential to comprehend that freedom and leisure are not the logical consequences of the absence of regulation, and that deregulation does not necessarily mean a greater autonomy“ (Bramham, S. 2).

Grundüberlegungen für eine europäische Freizeitpolitik

Das Forscherteam P. Bramham (GB), I. Henry (NL), H. Mommaas (NL) und V.d. Poel (NL)

arbeitet fünf Hauptbegründungen für die Notwendigkeit einer (verbesserten) Freizeitpolitik in Europa heraus.

1) Aspekte der politischen und politisch-administrativen Bedeutung des Freizeitverhaltens.

Das Entstehen von nationaler Identifikation hängt eng mit der sozialen Integration zusammen: Dies betrifft vor allem auch junge Arbeitslose und ethnische Minderheiten.

Das politisch-administrative System muß sich die Massenloyalität (auch) verstärkt über den Freizeitbereich sichern (vgl. Nahrstedt, 1993; Popp/Zellmann, 1993)

2) Die wirtschaftliche Bedeutung der Freizeit.

Das Geschäft mit und in der Freizeit zählt zu den Wachstumsbereichen der Wirtschaft.

Der tertiäre Sektor, die Dienstleistungen, stellen das größte Potential an neuen Berufsfeldern und an (zunehmend) expandierenden Möglichkeiten für neue Arbeitsplätze dar.

Smeral (1994 – S. 19ff) führt für österreichische Verhältnisse aus, daß im gesamten Freizeitbereich inkl. Tourismus 400 Milliarden Schilling pro Jahr umgesetzt werden. 56% der Aufwendungen für Tourismus und Freizeit entfallen dabei auf Inländer, die „ihr privates Freizeitbudget zu fast 90% für den Konsum am Wohnort oder im Zuge von Tagesausflügen“ ausgeben.

Für diesen Bereich geben die Österreicher knapp 200 Milliarden Schilling, also 50% des gesamten Umsatzes für Tourismus und Freizeit aus.

Allein für Beherbergung und Gaststätten werden in Österreich 40.000 Betriebe mit insgesamt etwa 180.000 Beschäftigten (unselbständige und selbständige) gezählt. Die damit notwendig gewordene Weiterbildung dieser Berufstätigen in Hinblick auf Dienstleistung bzw. Kundenbetreuung und damit Freizeitpädagogik stellt ein ungeheures Aufgabepotential für wichtige, neue Ausbildungsgänge im Bereich der Freizeit dar. Entsprechend den Ausführungen Nahrstedts sind in diesem Wachstumsbereich jedoch auch neue berufliche Aufgaben im Sinne von Koordination, Betreuung und Beratung notwendig. Man kann davon ausgehen, daß in den nächsten fünf Jahren etwa 20.000 Arbeitsplätze (d. s. 10% der in diesem Bereich Gesamtbeschäftigten) neu geschaffen bzw. notwendig werden.

Ein Blick auf Deutschland ergibt ein vergleichbares, bestätigendes Bild.

Beschäftigungspotential Freizeit im Vergleich 1982 - 1994 Deutschland		
	1994000	1982000
Spielwarenindustrie, Spielautomatenbetriebe, Spielbanken, -clubs, Wett-, Lotteriewesen	102 700	47 000
Heimwerkerbedarf, Hobby, Do-it-yourself, Handarbeiten (Handel) ¹⁾	166 100	62 000
Sportartikelindustrie, Camping, Caravaning, Jachtbau, Sportorganisationen, Sport- und Fitneßeinrichtungen ²⁾	158 000	66 000
Herstellung und Handel von Foto- und Film- geräten	57 500	68 000
Kino, Theater, Orchester, Bühnen, Schaustell- gewerbe, Kulturelle Einrichtungen ^{3) 4) 5)}	157 500	76 000
Gartenpflege, -bau, Haustiere, Forst- und Jagd- wirtschaft, Handel mit zoologischem Bedarf, Pflanzen, Blumen ⁶⁾	166 800	179 000
Herstellung und Handel von Radio, Fern- sehen und Video; Rundfunk- und Fernseh- anstalten ^{7) 8)}	283 100	244 000
Herstellung und Handel von Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Büchereien, Lesezirkel	472 000	458 000
Herstellung und Handel von Autos, Kraftfahrzeugen, Fahrrädern einschl. Straßenver- kehrsgewerbe und Dienstleistungen	1 230 400	1 200 000
Tourismusindustrie, Reiseveranstaltungen und -vermittlung (Reisebüros), Fremden- verkehr, Gaststätten- und Beherbergungs- gewerbe, Kur- und Bäderwesen ⁹⁾	1 100 000	1 500 000
Beschäftigte insgesamt ¹⁰⁾	4 254 100	3 900 000
<p>¹⁾ Herstellerbereich fehlt ²⁾ Öffentl. Sportverwaltung fehlt ³⁾ Musikinstrumente, Musikböden, Kunsthandel fehlen ⁴⁾ Ausbildung für musisch-kulturelle Betätigung fehlt ⁵⁾ Soziale Einrichtungen, Begegnungsstätten, Kommunika- tionszentren etc. fehlen ⁶⁾ Parks, Naturparks, Anteil der Landwirtschaft an Kultur- landschaftspflege fehlen ⁷⁾ Herstellung und Vertrieb von Tonträgern fehlen ⁸⁾ Film, Computer fehlen ⁹⁾ Nur Vollzeitwerb ¹⁰⁾ Messen, Ausstellungen, Festivals, Entertainment aller Art und Sexbranche fehlen</p>		
<p>Quelle: Deutsche Gesellschaft für Freizeit 1994 Vergleichsdaten: Horst W. Opatowski 1982; in: "Freizeit schafft Arbeit", Animation, Heft 6, 1982</p>		
<p>LBI 19 94</p>		

Aber nicht nur die Schaffung neuer Arbeitsplätze, und das damit direkt gegebene, wirtschaftliche Interesse der Freizeitindustrie, machen die wirtschaftliche Bedeutung des Freizeitbereichs aus, sondern „the use of leisure facilities to create a favourable business environment is another economic usage for state intervention in leisure“ (Bramham, S. 3).

Ähnlich äußert sich auch Opaschowski (1994, S. 235), wenn er feststellt, daß es die Aufgabe staatlicher Politik sei „solche Lebensbedingungen zu schaffen, unter denen die Bürger über genügend Ressourcen und Möglichkeiten verfügen, um sich um ihr subjektives Wohlbefinden selbst zu kümmern.“

Entsprechend müssen eben in den traditionellen Bildungseinrichtungen bzw. Bildungswegen diese Kompetenzen erwerbbar sein.

„Schullehrpläne und Lehrerbildung sind in dieser Hinsicht neu zu überdenken, denn eine zukunftsorientierte Gesellschaftspolitik kann nicht mehr nur die fachliche Qualifizierung für Schule, Ausbildung und Beruf im Blick haben, sondern muß vermehrt und zusätzlich freizeitorientierte Erlebnis- und Erfahrungsräume bereitstellen“ (Opaschowski 1994, S. 256).

Aber auch ganz allgemein gilt, daß in Zukunft Wohn- und Arbeitsplätze verstärkt nicht nur nach beruflichen sondern auch nach den Gegebenheiten der Freizeitmöglichkeiten – bzw. Infrastruktur – ausgewählt und besetzt werden.

3) Die sozio-kulturellen Aufgaben und Ziele der (Kultur-) Politik

Kulturelle Bildung hat verstärkt die Teilnahme einer breiten Öffentlichkeit an den kulturellen Angeboten und Möglichkeiten der öffentlichen Einrichtungen zu fördern.

Diese Forderungen wurden nach dem 1. Weltkrieg in allen fortschrittlichen Demokratien des Westens, vor allem aber in Frankreich, Großbritannien und Schweden erhoben bzw. entwickelt.

Der selbstbestimmte, selbstgewählte Zugang zu einer „Kultur für alle“ ist ein besonders wichtiges (bildungs-) politisches, didaktisches Anliegen.

„What is felt to be wrong is that most government money and educational effort are geared toward the elite past times of the relatively affluent, neglecting the culture(s) of lower income and less well educated groups“ (Bramham, S. 3).

4) Das Problem der Gleichzeitigkeiten in der Freizeit.

Die Formen der Arbeitszeitgestaltung in Hinblick auf (notwendige) Flexibilisierung, ebenso wie Ferien- und Urlaubsstaffelungen müssen aus der Sicht einer Freizeitpolitik neu überdacht und folglich strukturiert werden.

Die Gleichzeitigkeit bei Feierabend und Urlaubsbeginn schafft ganz allgemein Stau, Hektik und damit Freizeitstreß.

Diese Entwicklung ist zu den Aufgaben, Zielen und Möglichkeiten des Freizeitbereiches eindeutig kontraproduktiv.

Die kommunale Verkehrsplanung (und vor allem auch Fahrplangestaltung der öffentlichen Verkehrsmittel) ist einseitig auf die Bedürfnisse der Arbeitswelt ausgerichtet. Dies führt neben den oben aufgeführten, individuellen negativen Aspekten vor allem zu einer unnötigen Umweltbelastung durch die Freizeitgewohnheiten.

Dieses Beispiel mag stellvertretend und exemplarisch dafür stehen, wie wichtig es ist, in kommunalen Verwaltungs- und Entscheidungsstellen freizeitwissenschaftliche Erkenntnisse zu berücksichtigen bzw. die Freizeitfachleute in Planung, Organisation und Durchführung kommunaler Aufgaben mit einzubeziehen.

5) Die rein physischen Aspekte der Freizeit..

Sport- und Erholung als Bestandteil der offiziellen Politik werden in erster Linie von Gesundheitsaspekten getragen.

„Die Freizeit bietet sich dafür im besonderen an. Sie kann mittels Bewegung und Sport im Sinne präventiver wie rehabilitativer Inhalte zur Prägung krankheitsadäquater Verhaltensweisen, Prägung gesundheitsbewußter Vorgehensweisen und Prägung leistungsfördernder Verhaltensweisen benützt werden, und damit andere Maßnahmen in einem hohen Ausmaß unterstützen bzw. in vielen Fällen zum eigentlichen Träger für andere ergänzende Maßnahmen werden.

Bezogen auf die Finanzierbarkeit unseres Krankheitssystems bzw. bezogen auf die wichtigere Finanzierung eines effizienten und verbesserten Gesundheitssystems stehen wir im Moment wahrscheinlich an einem entscheidenden Wendepunkt. Dies wird noch dadurch unterstützt, daß wir und unsere Kinder 4 – 5 Generationen überblicken. Die Herausforderung besteht unter anderem auch darin, von der Kindheit an, Umwelt und Lebensstil so zu beeinflussen, daß die 'jungen Alten', also die 60- bis 75jährigen, gesund und aktiv bleiben.

In einer groß angelegten Studie des kanadischen Gesundheitsministeriums werden folgende Ergebnisse präsentiert: Die Gesundheitserhaltung ist zu 29% von Erbfaktoren, 24% von der Umwelt, 37% vom Lebensstil und nur 10% von der medizinischen Versorgung beeinflusst. Dies bedeutet, daß Gesundheitspolitik und eine interaktive Prävention die Gesundheitsförderung zu 61% über die Faktoren Lebensstil und Umwelt beeinflussen können.

Vielleicht gelingt es, diesen Wendepunkt zu initiieren, wenn Sportmedizin und Freizeitwissenschaften enger zusammenarbeiten und die Freizeitwissenschaften neben ihren vielfältigen demoskopischen Untersuchungsergebnissen die bestehenden Erfahrungen der Sportmedizin im Hinblick auf den präventiven Nutzen regelmäßiger körperlicher Aktivität vermehrt in ihre Aktivitäten miteinbeziehen“ (Bachl, 1994).

Das Schaffen von Rahmenbedingungen als freizeitpolitische, europäische Aufgabe

Darüber hinaus sind nicht nur die (unter Punkt 4 bereits angedeuteten) neu zu lösenden Verkehrs- und Umweltprobleme zu beachten, sondern auch die Zurverfügungstellung von Räumen (Sportstätten, Wanderwege, etc.) und deren Organisation bzw. Verwaltung freizeitpolitische Aufgaben.

Die hier aufgezeigten Anliegen, Aufgaben, Möglichkeiten aber auch offenen Fragen (Chancen und Risiken) der Freizeit haben „transnationalen“ Charakter.

„... most governments, (be they local, regional, national or supranational) in order to legitimate their very existence, will be interested in policies promoting leisure activities that are in one way or another prestigious or expansive of the 'local identity'“ (Bramham, S. 5).

Demzufolge werden Museen, Denkmäler und andere Erscheinungsformen kultureller Traditionen subventioniert, lokale Sprache (in der Schule), Film, Fernsehen und Literatur gefördert bzw. Erfolge heimischer Sportler (Sportvereine) verwendet oder vermarktet. Die – pädagogischen – Ziele, Möglichkeiten und vor allem Inhalte einer Freizeitpolitik werden derzeit kaum formuliert, geschweige denn beachtet.

Einen wesentlichen Grund dafür sehen – besonders englischsprachliche – Autoren darin, daß eine entsprechende Übersetzung von leisure policies, vor allem im deutschsprachigen Raum eben nicht gefunden oder existent ist:

Kein zusammenfassender, aufgabendefinierender Begriff – keine entsprechende Politik.

Dies mag ausschlaggebend dafür sein, daß in den meisten europäischen Staaten keine zusammenhängende, koordinierende Körperschaft in staatlichen und regionalen Regierungen zu finden ist, die sich selbst als zuständig für Freizeitpolitik im allgemeinen definiert.

Bramham (S. 6) geht in seinen Ausführungen noch einen Schritt weiter:

„It is true that leisure policy as such is rarely recognised in an holistic sense by governments“.

Zu diesen Schlüssen kommen Politiker vor allem dann, wenn die Studien der Freizeitforscher auf deren plakative Zusammenfassungen reduziert werden: „Holistische Lebensstile nehmen zu“ (Opaschowski 1990, 1994).

Der Grund mag aber auch im Fehlschluß liegen, daß, wie einleitend beschrieben, Freizeit und öffentliche Aufgabenstellung (Einflußnahme) einen Widerspruch darstellen.

Ein weiterer wesentlicher Faktor für die politische Absenz bzw. Skepsis in Sachen Freizeit liegt international gesehen wohl darin, daß ... „the idea of a leisure policy was contaminated by the attempts of totalitarian regimes to regulate and use leisure“ (Bramham, S. 6).

Ebenso eindeutig wie die geschichtlichen Gegebenheiten und Entwicklungen zu beachten sind, muß man aber die neuen Aufgaben einer Gesellschafts- und damit Freizeitpolitik erkennen. Bisher hat „die Politik den Freizeitschub verschlafen“ (Nahrstedt 1990, 1993).

Das Hauptproblem liegt in diesem Zusammenhang darin, daß aus allen Untersuchungen europäischer Länder zu erkennen ist, daß nirgendwo eine Verbindung zwischen Freizeit (leisure) und den fünf sie bestimmenden Bereichen: Tourismus, Erholung (Rekreation), Sport, Kultur und Medien gefunden bzw. aktiv hergestellt wurde.

Dies bedeutet aber eine Aufsplitterung des politischen Potentials Freizeit.

Aufgrund dieser Aufsplitterung in Einzelgebiete ist das politische Desinteresse vieler europäischer Regierungen an einer eigenständigen Freizeitpolitik – als Koordinations- und Querschnittsaufgabe – offensichtlich!

Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß man in Österreich nach Umwandlung des Begriffes Fremdenverkehr in Tourismus Ende der 80er-Jahre nun dazu übergegangen ist, diese Begriffe in der Bundeswirtschaftskammer im (wirtschaftlichen) Aufgabenbereich: Tourismus- und Freizeitwirtschaft zusammenzufassen.

Hier werden Über- und Unterbegriffe unklar verwendet, die Aufgabenbereiche bzw. Unterschiede kaum definiert und wird im wesentlichen am Wirtschaftsfaktor „Tourismus“ als Devisenbringer festgehalten (vgl. Smeral, 1994).

Politische Freizeitkompetenz entsteht nicht durch unkritische Zusammenführung oder Aneinanderreihung von in dieser Form nicht zusammenpassenden Begriffen oder Aufgabenbereichen.

Gerade in der Emanzipation der Freizeitwirtschaft liegen europaweit die Chancen für neue Berufsfelder und stellen sich damit Fragen von Qualifikationen für neue Arbeitsplätze.

Man muß – international abgestimmt und abgesichert – die gesellschaftliche Komplementärfunktion des komplexen Freizeitbereiches akzeptieren und – für österreichische Gegebenheiten – in diesem Aufgabenfeld dem Tourismus einen entsprechend besonders wichtigen Stellenwert einräumen (vgl. Swoboda, 1992).

Warum sich bei all diesen Ausgangsschwierigkeiten den Mühen einer europäischen Perspektive unterziehen?

- 1) Alle europäischen Regierungen sind mit politischen Freizeitthemen befaßt – und zwar in substanzieller Hinsicht. Aber dies geschieht – wie eben angedeutet – unter verschiedenen politischen Etiketten: Tourismuspolitik, Sportpolitik, Gesundheitspolitik, Bildungspolitik, Sozialpolitik, Kulturpolitik, ...

Die Hauptaufgabe einer entstehenden Freizeitpolitik muß es daher sein, die Freizeitangelegenheiten dieser klassischen Politikbereiche so zusammenzuführen, daß deren Eigenständigkeit, politische Bedeutung – und damit verbunden – vor allem bestehende politische „Macht“ erhalten bleibt.

Im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaften (Kommission Freizeitpädagogik) haben Opaschowski/Popp die Vernetzung der Aufgaben einer Freizeitpolitik bzw. Freizeitpädagogik mit anderen Bereichen zukunftsweisend zusammengefaßt und dargestellt (siehe Opaschowski/Popp, 1993)

Die derzeitige Realität sieht freilich anders aus: "To put it crudely, all leisure activities are to some degree in competition with each other in terms of time and money spent, the status they imply and so on. Any policy directed at a particular leisure activity is therefore likely to be more effective if the relationship with other 'competing' leisure activities is properly understood" (Bramham, S. 8).

Dieser klare Zusammenhang verlangt nach einer legislativen wie exekutiven Koordination.

- 2) Soziale Ungleichheit (Schichtzugehörigkeit) im allgemeinen drückt sich in unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten zur Teilnahme an Freizeitangeboten aus. Die Tatsache finanzieller und bildungsmäßiger Benachteiligungen beim Zugang zu Freizeitaktivitäten bedeutet zwingend, daß die Mehrzahl der Bevölkerung letztlich kaum in den Genuß staatlicher (öffentlicher) Förderungen (Subventionen) im Freizeitbereich (Kultur, Sport, ...) kommt.

Und im vereinten Europa wird sich der „Druck“ verstärken. Alle Regierungen Europas brauchen Geld und stehen untereinander im Wettstreit, um finanzielle Unterstützungen für ihre Städte, Länder oder Regionen zu erhalten.

Je größer die Integration desto härter (auch) der Kampf um Marktanteile: um Kapital und Arbeit.

Freizeitangebote stellen diesbezüglich heute schon wichtige Instrumente (Funktionen) dar, um Regionen als Wohnorte und gleichzeitig Freizeitziele interessant zu machen. So wird auch die Berufswahl von Wohn- und Lebensqualität (dies bedeutet letztlich: vom Freizeitumfeld) her bestimmt. Und dieser Zusammenhang gilt keineswegs nur für leitende oder mittlere Arbeitnehmer.

Wohn- und Berufsstandorte müssen zunehmend in (freizeit) wirtschaftlicher und (freizeit) kultureller Hinsicht interessant sein.

Andererseits werden „billige“ Freizeitangebote (öffentliche Spielplätze und Bäder, Supermärkte, billige Restaurants, Kinos) an den Rand von Ballungszentren versetzt.

Die europäischen Regierungen haben sich für den gemeinsamen Markt sehr stark gemacht und tragen daher eine eindeutige Verantwortung für die Veränderungen in den Strukturen dieses integrierten Europas, vor allem auch in Hinblick auf Verbesserung der Lebensqualität und damit wohl vor allem für sich verändernde Voraussetzungen und Möglichkeiten im Freizeitbereich.

Die Frage nach der Notwendigkeit der Qualifizierung für diese neuen pädagogischen aber auch administrativ-organisatorischen Berufsfelder kann wohl nicht überschätzt werden.

Der Arbeitsmarkt wächst in quantitativer Hinsicht überproportional (vgl. Smeral, 1994), in qualitativer Hinsicht müssen wohl auf allen Bildungsebenen (Duales Ausbildungssystem bis Hochschulabschluß) in den jeweiligen europäischen Staaten entsprechende Handlungskompetenzen erwerbbar sein, um nicht nur im Europa der Arbeit sondern auch im Europa der Freizeit erfolgreich zu bestehen.

- 3) Freizeit kann nicht als Privatsphäre des jeweiligen individuellen, sozial mitgeprägten Lebensstils aufgefaßt werden – ohne grundsatzpolitische Bedeutung.

Das Recht auf Freizeit, mit entsprechender Kompetenz, diesen Freiraum auch selbstbestimmt zu gestalten, ist zu einem wichtigen, bestimmenden Faktor bei der Lebensplanung aller Menschen geworden.

Die Politik hat diesem (Werte-) Wandel entsprechend Rechnung zu tragen.

Ausbildungseinrichtungen haben für die notwendige Betreuung und Organisation dieser Bereiche zu sorgen.

Dies um so mehr als in der Geschichte wie auch heute "leisure activities should be understood as part of the bargain struck between governors and governed (Bramham, et. al. S. 9).

Und noch in einem weiteren Zusammenhang ist Freizeitwissenschaft und Freizeitpädagogik europaweit gefordert und stellt derart ein arbeitsmarktpolitisches Potential dar:

Sind erst im Europa der Regionen (Nationen) gemeinsame, verbindende Elemente der Freizeitpolitik erkannt und definiert, kann es sehr wohl wichtig sein, diese zu beachten, zu erhalten und als fundamentale Bestandteile eines gemeinsamen Marktes anzusehen: das heißt, es wird besonders für Regionen wichtig und für deren Weiterentwicklung entscheidend sein, sich in freizeitpolitischer Hinsicht klar zu positionieren.

- 4) Freizeit und das Subsidiaritätsprinzip:

In der EU besteht der einigende Grundsatz, jedes (auftretende) Problem auf der niedrigst möglichen Ebene zu lösen (zu entscheiden).

Besonders im Freizeitbereich wird dies für viele „Heimbereiche/ bzw. Heimmärkte“ große autonome Spielräume bringen.

Andererseits sind aber sehr viele Freizeiterscheinungen zweifelsohne inter- bzw. transnational:

Tourismus, Medien und Sport (internationale Meisterschaften, Spiele, etc.), erfolgreiche Produkte (Produktionen) aus den Bereichen der Kunst und Kultur, vor allem aber auch der Reiseverkehr.

Die Staffeln der Ferienbeginn zählt heute schon zu besonders wichtigen Vorhaben der Brüsseler Administration.

Bramham kommt im Einleitungskapitel des Buches „leisure policies in europe“ zum Schluß:

„Here again a comparative perspective can be useful, informing (future) policy makers about the types of problems which countries other than their own have had to deal with, the conditions under which such problems have arisen, the types of policy developed to counter these problems and the experiences of other countries in terms of the effectiveness of these policies.

... we think that they are important questions and have tried to make a start in answering them“ (a. a. O. S. 10)

Wenn dies eine wichtige, internationale, politische Aufgabenstellung ist – und welcher verantwortungsbewußte Entscheidungsträger könnte ernsthaft daran zweifeln? – dann besteht in diesem Aufgabenbereich in den meisten europäischen Ländern, besonders auch in Österreich, akuter Handlungs- und Qualifizierungsbedarf von und für entsprechende Fachleute.

Im Vergleich der europäischen Freizeitforschung wird klar:

Ohne entsprechende Akzeptanz der Freizeitproblematik durch die Real- bzw. Alltagspolitik werden sich notwendige Qualifizierungen für Freizeitberufe schwer durchsetzen lassen.

Bildungspolitik, insbesondere wenn Veränderungen oder Anpassungen notwendig sind, erweist sich nur allzuoft bestenfalls als Nebenprodukt politischer Konzepte. Zum Nachteil der Betroffenen.

Die Aufgaben der „Sozialkompetenz“ sind vielschichtig aufgegliedert: zwischen Vorklubsorganisationen der Parteien, den Kirchen, privaten und öffentlichen Vereinen und Verbänden. Diese Aufteilung von Freizeitzuständigkeit scheint das größte Hindernis für das Entstehen einer einheitlichen und eigenständigen Freizeitpolitik zu sein. Verstärkt wird dieser Effekt durch die grundsätzliche, spontan-unreflektierte Einstellung der Bevölkerung, Freizeit sei ohnedies Privatsache.

Ein – für die Bereitstellung von Lebensqualität – durchaus als verhängnisvoll zu bezeichnender Ablauf wurde und wird in Gang gesetzt:

- 1) Freizeit stellt eindeutig eine wichtige, jedoch vor allem emotionale Komponente der Einflußnahme auf die Menschen dar.

Diese Einflußnahme erfolgt durch eine große Zahl von Einrichtungen bzw. Gegebenheiten öffentlicher und privater Interessenslagen.

- 2) Die Zersplitterung (bzw. Erhaltung) des Macht- und Einflußbereiches „Freizeit“ (= Lebensgefühl, Zufriedenheit, ...) wurde zum System:

Politik (Staat, Parteien), Kirche und Wirtschaft teilen sich diesen Einflußbereich von Kinder- bis Seniorenorganisationen.

- 3) Eine Zusammenfassung der Freizeitangelegenheiten im Interesse der Betroffenen (FreizeiterInnen) scheiterte (Frankreich, Niederlande, Deutschland, Schweden, Großbritannien, ...) am möglichen Einfluß- und damit Machtverlust bestehender (Teil-) Organisationen.

Die Freizeitthematik funktionierte als „Ausgleichsgefäß“ für sich unterscheidende politische Intentionen und Positionen: wenn dem politischen Gegner (Partner) noch herzeigbare (verkaufbare) Erfolge zugestanden werden mußten, durfte er – zumindest über seine Vorfeldorganisationen – mit austauschbaren Freizeitthemen punkten: Verkehr, Sport, Kinder, Verband- und Vereinswesen, ...

- 4) Das Vertrauen in die Politik sinkt europaweit.

Dabei ist allerdings noch zu überprüfen, ob es sich nicht eher um ein zunehmendes Mißtrauen in (manche bzw. viele?) Politiker handelt, als in die Politik im gesamten. „Es ist nicht Politik-Verdrossenheit, die den abstinenten Wählerinnen und Wählern vorgeworfen werden sollte, sondern Politiker-Verdrossenheit“ (Siegel, 1995, S. 120).

Ein Eindringen der Politik in neue Bereiche, z. B. den Freizeitbereich, wird allein unter diesem Gesichtspunkt als nicht wünschenswert verstanden und interpretiert. Ein Trugschluß, der – ganz im Gegenteil – unbewußte, unerkannte Abhängigkeiten schafft (Zellmann, 1994).

Für diesen wichtigen pädagogischen Aufgabenbereich, der sich eben aus dem Wertewandel (Nahrstedt, Opaschowski, ...) ergeben hat, sind entsprechend ausgebildete Fachleute bereitzustellen. Sowohl im öffentlichen, als auch im privatwirtschaftlichen Bereich.

Das Entstehen einer Freizeitpädagogik ist eng mit dem Begriff des Wertwandels in der Gesellschaft verbunden. Was bedeutet dieser? Er bedeutet, bzw. ist:

- * Ausdruck der aktuellen, gesellschaftlichen Entwicklung mit starkem emanzipatorischen, demokratischen und individualistischem Ansatz.
- * Selbstverwirklichung bzw. Selbstfindung als Lebensziel des Einzelnen. In Beruf und Freizeit!
- * Zufriedenheit als subjektiver aber selbstbewußter Wertmaßstab.
- * Diese Veränderungen entstanden und entwickelten sich im arbeitsfreien Bereich, der sogenannten Freizeit.

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang für das öffentliche Interesse, daß entsprechend qualifizierende Ausbildungen für den „Non profit“-Bereich angeboten werden.

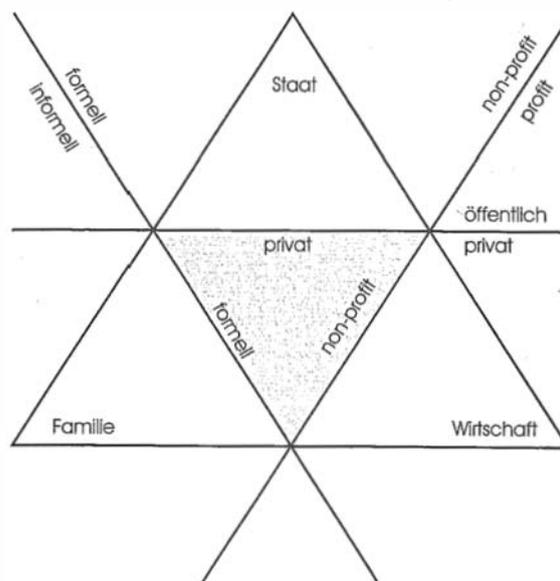
Die pädagogische Komponente wird im privaten, formellen, Non-profit Bereich dominierend.

Es handelt sich um jenen der direkten familiären, staatlichen oder privatwirtschaftlichen Einfluß- und Interessenslage entzogenen (Freizeit-) Bereich, der sehr häufig den jeweiligen Nichtarbeitsbereich (Nichtschulbereich) ausmacht: der graue Freizeitalltag bzw. Freizeitmarkt.

In wirtschaftlicher Hinsicht müssen sich daher der Vereinsbereich bzw. ähnliche gemeinnützige Rechtskörper zu echten Non-profit-Unternehmen weiter entwickeln. Gerade in solchen Unternehmen sind Managementaufgaben (Kalkulation, Marketing, Organisationsstruktur, ...) besonders wichtig. Knappe Geldmittel müssen um so effizienter eingesetzt werden. Subventionen sind diesbezüglich zwar als Einnahmen anzusehen, in allen anderen Bereichen gelten aber dieselben kommerziellen Grundlagen wie in privatwirtschaftlichen Bereichen.

Freizeit als:

- * Beruf
- * pädagogische Aufgabe
- * politische Aufgabe



Freizeitpolitik

Die Menschen im Spannungsfeld zwischen Familie, Staat und Wirtschaft.

Freizeit-Aufgaben im öffentlichen Interesse:
formell, privat, non-profit

Leisure Policies in anderen europäischen Ländern

Für die deutschsprachige Freizeitwissenschaft mag ein Blick über die freizeitpolitischen und freizeitwissenschaftlichen (Sprach-) Grenzen lohnend sein.

1. Frankreich

Ohne Zweifel war Freizeit ein Schlüsselthema als die Sozialisten 1981 in Frankreich wieder an die Regierung kamen. Es wurde damals der Versuch unternommen, an die Tradition der „Front Populaire“ (1936) anzuschließen. Ein, allerdings kurzlebiges, „Ministere de Temps Libre“ wurde gegründet.

Während seines Bestehens wurde das „Conseil National de la Vie Associative“ (etwa: Nationaler Rat für Vereinsangelegenheiten) eingerichtet.

Später, ab 1982, übernahm das Staatssekretariat für Jugend und Sport diese Aufgaben.

Aber Poujol (1993) stellt auch für Frankreich fest, „... there is no unified body of policy called leisure policy“ (a. a. O. S. 21)

Und er merkt weiters an, daß sogar als man in den Abgeordnetenhäusern Angelegenheiten des Tourismus, der „cultural industries“ oder der Olympischen Spiele behandelte, dies Probleme und Fragen des Außenhandels, der Wirtschaft oder der Arbeitsmarktpolitik waren. Kein Thema für eine Freizeitpolitik – ein europäisches Phänomen.

Die freizeitpädagogische Ausbildung (Animateur) spielte besonders im sozio-kulturellen Bereich seit Beginn der 60er-Jahre eine Rolle. „Education Populaire“ war der Name des Projekts, „Jeunesse et Sports“ die führende Trägerorganisation, die auch die Ausbildungsfrage vorantrieb: Betreuer und Leiter für Freizeit- und Ferienanlagen wurden mit Abschlußdiplom qualifiziert.

„Thus the separate profession of ‘animateur’ was born. The animateur is a social worker, who works in and on the free time of others, whether it be in the social, cultural, or socio-cultural field“. (Poujol, S. 23)

Es ist besonders im deutschsprachigen Europa eine Tatsache, daß die Aufgabenteilung zwischen Sozial- und Freizeitpädagogik bis heute nicht definiert ist.

Die in den letzten Jahren wieder entstandene Notwendigkeit der Betreuung arbeitsloser Jugendlicher macht einerseits eine Rückbesinnung auf die Ausgangsposition notwendig, eröffnet andererseits aber auch die Möglichkeit einer neuen, klar definierten und vor allem gleichwertigen, daher gleichwertigen Aufgabenteilung zwischen Sozial- und Freizeitpädagogik.

Und wie in allen europäischen Ländern hat es der Sport auch in Frankreich am ehesten geschafft, als Vertreter einer offiziellen Freizeitpolitik angesehen zu werden:

„It is indeed in the field of sports that one can most readily identify a national policy for leisure activities“. (a. a. O. S. 29)

Große Bedeutung erlangten die staatlich geförderten Tagesfreizeitzentren für Kinder (ohne Unterkunft – Centres de Loisir Sans Hébergement).

Eine Untersuchung aus dem Jahre 1990 weist in Frankreich 38.000 solcher Zentren mit einer Frequenz von 3 Mio Kindern (6–14 Jahre) pro Jahr aus. 60% wurden von Vereinen, 40% von den Gemeinden (!) betrieben.

Nach wie vor werden in Frankreich Angelegenheiten der freizeitpolitischen Entwicklung vom Kulturministerium thematisiert und vorangetrieben.

Eine Studie dieses Ministeriums kommt zum klaren und richtungsweisenden Schluß, daß Kultur – und damit Freizeitpolitik – auf Dauer kaum Erfolg haben kann, wenn „sie hinter den bestimmenden aktuellen Lebensstilen nachhinkt“ (Ministère de la Culture, 1990).

Auch in Frankreich haben die Gewerkschaften ihre Schlüsselrolle für das notwendige Entstehen einer Freizeitpolitik in der Tragweite kaum erkannt: „As a result the trade unions have been forced to rethink their position, and they have begun to show more interest in flexitime and in the development of part-time work and job-sharing as a means of reducing unemployment“ (Hantrais, 1987).

Einem Bericht des Büros „Jeunesse et Sports“ aus dem Jahr 1990 zufolge gehen manche Prognosen davon aus, daß es im Jahr 2000 eine Arbeitslosenrate an die 20% geben wird und im Jahr 2010 das Verhältnis der wirtschaftlich Aktiven zu den wirtschaftlich Inaktiven in der Bevölkerung etwa 2 : 1 sein wird. (a. a. O. S. 36)

„Considering that paid employment is in the process of losing its *raison d'être* in an individual's existence and social life, where is the new balance between life in work and life outside work to be found and fostered? (Jeunesse et Sports, 1990)

So bleibt für Frankreich festzuhalten, indem man Poujol frei übersetzt zitiert: Es wird sich in nächster Zeit wenig daran ändern, daß die öffentlichen bzw. Regierungsstellen andere Prioritäten setzen und Tradition und herrschende Ideologie eine eigenständige Freizeitpolitik in naher Zukunft nicht entstehen lassen werden.

Und so wird es auch dabei bleiben, daß von der offiziellen Politik Freizeitfragen nebenbei mitbehandelt werden und so einen eher unkontrollierten, aber umso stärkeren Einfluß auf das Freizeitverhalten und das Freizeitangebot der Bevölkerung nehmen werden.

2. Niederlande

In einem Land, in dem Subsidiarität und Freiheit viel gelten, in dem wirtschaftliche Interessen oft nationale Anliegen dominieren, und die Zentralregierung den neu entstehenden Gruppen (Pillarisation) in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, insbesondere der Religionsgemeinschaften, im Freizeitbereich (Medien, Sport, Kultur, etc) nichts entgegenzusetzen wollten oder konnten, haben sich zwei offensichtliche Gegensätze entwickelt:

- 1) Ein freizeitpädagogisches Ausbildungswesen auf allen Bildungsebenen und eine beispielgebende Akzeptanz von Freizeitberufen.
- 2) Eine Freizeitpolitik kann aufgrund der Teilsysteme und Lobbies (Gruppen-Pillarisation) wie in anderen europäischen Ländern nicht entstehen.

„The idea of government intervention in people's leisure has always been quite difficult to accept for the traditionally autonomous burghers.“ (v. d. Poel, S. 51)

Die Wirtschaftskrise in den 70er Jahren führte zu einer Arbeitslosenrate von 20% am Beginn der 80er Jahre.

Versuche, mit Arbeitszeitverkürzungen die vorhandene Arbeit auf die gesamte Bevölkerung besser zu verteilen, zeigten nur zum Teil Erfolge. Aber durch diese Vorgangsweise wurde Freizeit immerhin „indirekt“ zum Thema, und es entwickelte sich das Interesse an einer „Zeit-Politik“ bzw. einer „Zeitverteilungs-Politik“.

Beekers weist für die staatlichen Ausgaben für Freizeitmaßnahmen einen Anstieg auf das 6-fache in den Jahren von 1970 bis 1990 nach! Auch auf Gemeindeebene stiegen in den Niederlanden die Ausgaben für Sport und Erholung von 16,9% 1950 auf 54,3% (1980) während die Kulturausgaben im gleichen Zeitraum von 88% auf 45% fast halbiert wurden. Auch für den Tourismus in den Niederlanden gilt, daß er sich bis dato nicht als (vielleicht wichtigster) Partner und Teilnehmer umfassen den Freizeitpolitik versteht: „Since the 1960s, tourism has become an aspect of economic policy and has more or less ceased to be an element of socio-cultural policy.“ (v. d. Poel, S. 57)

Immerhin ist ein eindeutiger Trend feststellbar, demzufolge Einrichtungen und Möglichkeiten der Freizeitinfrastruktur mit der touristischen Angebotsstruktur verbunden werden (sollen).

Und weil eine einheitliche Freizeitpolitik in den Niederlanden nicht existiert, resümiert van der Poel für sein Land eindeutig: „Therefore, attention will be focused on the opportunities for an integrated leisure policy.“ (a. a. O. S. 64)

Auch – und nicht nur – für die Niederlande gilt: Entwicklungen im Freizeitbereich werden weiterhin „kurzzeitcharakter“ haben. Früher oder später sehen sich Regierungen veranlaßt, kurzfristige Maßnahmen zu setzen. Die Freizeitmobilität (Gleichzeitigkeit) und die daraus resultierenden Umweltbelastungen sind ein Beispiel dafür.

Die Probleme treten zu verschiedenen Zeiten an verschiedenen Orten auf – und werden durch unterschiedliche Strategien und Maßnahmen regional diskutiert, teilweise gelöst – jedenfalls kaum vernetzt bzw. vor allem nicht landes- (europa-) weit. Wenn das Handelsdefizit steigt, entwickelt das Wirtschaftsministerium Maßnahmen für eine „Tourismopolitik“.

Von anderen Ministerien (Verkehr, Justiz, Gesundheit, Finanzen) werden Chancen und Risiken einer Freizeitgesellschaft gesteuert. Durch Steuererhöhungen, gesetzliche Auflagen, Vorhaben für die Freizeitinfrastruktur etc. stets in einer aus freizeitpolitisch er Sicht unkoordinierten Vorgangsweise.

Und de Poel kommt in seinem Beitrag über die Freizeitpolitik in den Niederlanden zu einem – europäischen – Schluß:

„Admittedly, these policies aimed at time-spatial consequences may not be very successful. They are reactive and not proactive“. (A. a. O. S. 67)

Es muß jedoch ebenso eindeutig festgehalten werden, daß die Freizeitwissenschaft und Ausbildung für Freizeitberufe in den Niederlanden eine hervorragende Dimension erreicht haben (vgl. Beckers, 5. Europäisches Freizeitforum, 1995).

3. Schweden

Für Hans-Erik Olson (Leisure Policy in Sweden, 1993) steht fest, daß Freizeit keine Erfindung des Industriezeitalters ist, freizeitpolitische Themen sich jedoch dadurch ergeben, daß „when the factory siren blew, the nature of time changed from work time to leisure time. Leisure time began to be seen as a social-problem“. (Olson, S. 72).

Die Verstädterung trug das ihre zu dieser Entwicklung bei.

Der maßgebliche Faktor für das Entstehen der Freizeit als politisches Phänomen war der durch Industrialisierung und Verstädterung produzierte Klassenkonflikt.

Und Olson hat auch ein eindeutiges Datum für die Geburtsstunde der Freizeitpolitik in Schweden parat: den 1. Mai 1890.

Beim ersten Maiaufmarsch formulierte die Arbeiterschaft in Stockholm in allen Landesteilen ihre Hauptforderung: 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Schlaf, 8 Stunden Freizeit. Das Recht auf Freizeit wurde schon damals mit jenem auf Arbeit und Schlaf als gleichwertig und gleichwertig angesehen!

„The political claim for eight hours leisure was seen as important to human beings for their cultural growth and for the purposes of recuperation.“ (a. a. O. S. 73)

Schon von den Anfängen der Sozialarbeit in Schweden an (1902 – Child Care Authority) wurde festgelegt: Sozialarbeit ist etwas anderes als Erziehung; mit anderen Zielen und Methoden.

Für die Jugend-Freizeitpolitik in Schweden ist diese Unterscheidung von Anfang an wichtig gewesen: Sie definiert sich als Angelegenheit der Sozialarbeit eher als der Erziehung (Bildung).

Ein interessanter Aspekt in diesem Zusammenhang ist die Feststellung Olsons: „There is no empirical evidence to support any link between leisure opportunity and a reduction in anti-social behaviour (Coalter, 1989; Sarnecki, 1983; Olson, S. 83).

Die Freizeiteinrichtungen, und die Angebote der Vereine alleine schaffen den erwünschten Sozialisierungseffekt nicht. Die Politik muß sich – besonders auf lokaler bzw. regionaler Ebene – direkt und als durchgängig vernetztes Prinzip mit sozialen Anliegen der Freizeitpolitik befassen.

Selbstverständlich stellt auch der Sport in Schweden eine Freizeitmacht dar. Aber es geht ihm, vom Leistungs- und Spitzensport von vornherein abgesehen, nicht immer um das soziale Anliegen eines freizeitpolitischen Schlußschlusses.

„Sport is thus a two-sided phenomenon, sometimes reinforcing, sometimes challenging mainstream values“ (a. a. O. S. 89)

Der schwedische Tourismus wurde, länger als in anderen europäischen Ländern, eher als Freizeitaktivität mit Erholungs- und Bildungscharakter angesehen. Grundlage dafür war wohl das für Schweden typische „everyman right“, das Einheimischen wie Gästen die freie Nutzung der Natur für Freizeitwecke offenließ.

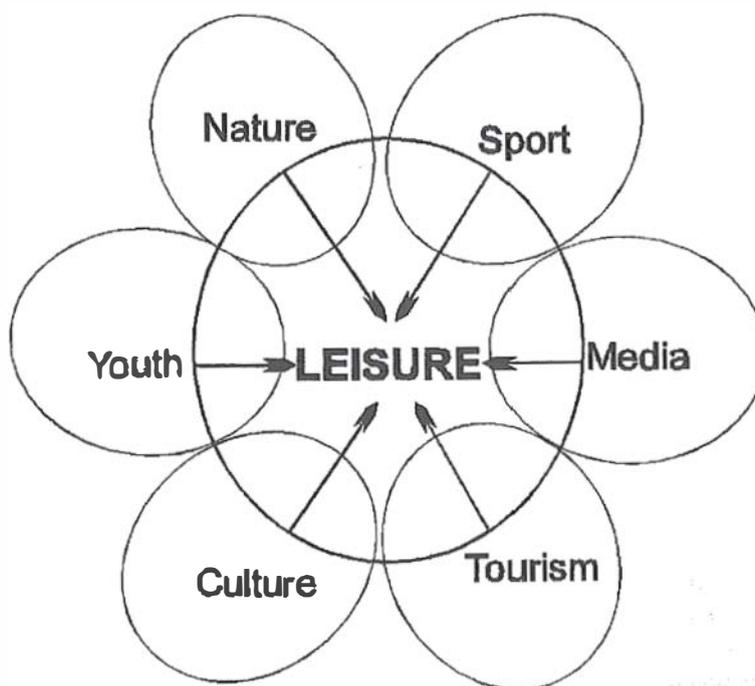
Erst als die Sozialdemokraten Schwedens ihren Schwenk (1984) zur Priorität von wirtschaftlichen vor sozialen Zielen zur politischen Grundlage erklärten, wurde auch der Tourismus von Wirtschaftsfragen dominiert.

In weiterer Folge (seit etwa 1991) wurden die sozialen Anliegen einer Freizeitpolitik an die lokale (Gemeinde) Ebene weiterdelegiert.

Es scheint in der Tat nicht möglich zu sein, die starken Teilbereiche der schwedischen Freizeitarbeit in ein gemeinsames, politisches Freizeitfeld zu integrieren.

„Each encompasses a wider sphere of human life than simply leisure“ (Olson, a. a. O. S. 94):

Aspects of Leisure Policy in Sweden



Die Frage aber bleibt offen: Ist nicht der Bereich Freizeit insgesamt für das Individuum größer, prägender und damit bedeutender als die Teilbereiche? Die, zu gegeben, auch andere als den Freizeitaspekt abdecken.

Auf lokaler Ebene sind durch die Einrichtungen von „Leisure and Culture Departments“ bzw. „Leisure and Recreation Departments“ freizeitpolitische Akzente gesetzt worden, die jedoch in erster Linie die Infrastruktur und die praktischen Notwendigkeiten betreffen. Jedemfalls ohne vernetzte gemeinsame Vorangswisse.

Das freizeitpolitische Resümee für Schweden: „Thus, in Sweden a forum for discussing common issues of mutual interest for the whole leisure sector, public and private, simply does not exist. In Sweden concern with leisure is viewed as something practical. A theoretical or philosophical debate on leisure and leisure policy has not developed. As a result the need for political debate, academic research, or theoretically informed professional preparation has simply not been considered.“ (Olson, a. a. O. S. 98)

4. Großbritannien

Auch in Großbritannien werden freizeitpolitische Angelegenheiten auf der lokalen Ebene wahrgenommen.

Auf zentraler Ebene hat die Regierung „quasi-governmental-organisations“ geschaffen (quangos), um die Aspekte der Freizeitpolitik (Administration, Einrichtungen) wahrzunehmen.

Die regionale Koordination wird in England und Wales von den „Regional Councils for Sport and Recreation“ durchgeführt. Die bedeutsamste, staatliche Freizeitinitiative der Zwischenkriegszeit war der „Physical Recreation and Training Act 1937“ der die nationale Fitneß-Kampagne begründete.

Aber schon für die damaligen Überlegungen war der freizeitpolitische Gesamtansatz kaum ausschlaggebend:

„The inspiration for the Act was not however one of recognition of the intrinsic importance of recreation per se, but rather a response to concerns relating to the dangers of unemployment, particularly for the young, fear of the use of leisure by fascist youth movements in ways analogous to the Hitler Youth movement and the Italian *dopolovoro* (de Grazia, 1981), and a concern relating to national fitness with the impending threat of war“. (Henry, Bramham, S. 113)

Es waren (und sind) extrinsische Motivationen, die dann und wann freizeitpolitische Ansätze erkennen ließen, für intrinsische Werte und Ziele war mit wenigen Ausnahmen in Parlamentsreden (Aneurin Bevan, Labour Abgeordneter) keine politische Lobby zu bilden.

Auch in Britannien hat der Sport seine besondere Bedeutung und Stellung. Unter Harold Wilson (1964–1970) wurde das Sport-Council eingerichtet (Slogan: Sport for All).

Aus dieser Zeit stammen auch die freizeitrelevanten sogenannten „White Papers“ der Regierung: „A policy for the arts“, und „Leisure in the Countryside“.

Die Reform der lokalen Regierungsaufgaben (1974) brachte von 1972 – 1978 auf lokaler Ebene eine deutliche Verbesserung des Freizeitangebotes der Kommunen.

Mit dem „White Paper of Sport and Recreation“ (1975) wurde das Recht auf Recreation (Freizeit) als ‘one of the community’s everyday needs’ niedergeschrieben.

Ölschock, Wirtschaftskrise und die Kosten für den EU-Beitritt machten gerade im Augenblick einer klaren politischen Willensbildung, die Freizeit als ein vom Staat zu erhaltendes und auch finanziell zu förderndes Gut darstellt, erste Ansätze eben dieser Forderung zu nichte.

Auch in Großbritannien (vgl. Olson, Schweden) machte die Freizeitwissenschaft rechtzeitig darauf aufmerksam, daß das Angebot alleine noch keinen (sozial-) politischen Erfolg ausmacht:

„A series of research reports by the Sports Council (e.g. Gregory, 1977; Grimshaw and Prescott-Clarke, 1978), the Arts Council (e.g. Arts Council, 1974; Hutchinson, 1977) and by independent bodies (e.g. Hillman and Whalley, 1977) illustrated that provision of facilities and opportunities for leisure did not of itself eliminate recreational disadvantage. In terms of sport and active recreation white, male, middle class, car owning young people were over represented among the users of public facilities, while in the subsidised arts, though gender and age profiles were different, in other respects, beneficiaries of public spending were very similar“ . (a. a. O. S. 129)

Ab Mitte der 80er-Jahre war die politische Szene Großbritanniens jedenfalls von folgenden Grundsätzen geprägt (Thatcherismus)

- * Verkauf verstaatlichter Einrichtungen
- * freie Marktwirtschaft und Wettbewerb auch im öffentlichen Freizeitsektor
- * Marktgesetze stehen über sozialen Gesetzen oder Fragen der Ästhetik. Entscheidungen über neue Initiativen im Freizeitsektor wurden nach diesem Prinzip getroffen.
- * Marktgerechtigkeit als Voraussetzung im öffentlichen Management.

Weiter wurden die Lokalbehörden aufgefordert, bis 1993 Verträge mit Nutzern öffentlicher Einrichtungen für Sport und Erholung zu erarbeiten.

Die Gemeindeverwaltungen müssen seither, weil sie öffentliche (soziale) Anliegen oder Aufgaben wahrnehmen, bei der Angebotslegung mit Konkurrenten aus der Privatwirtschaft mitbieten.

Über die vertraglichen Verpflichtungen hinaus gibt es dann für die Betreiber keinerlei Verantwortlichkeit gegenüber der öffentlichen Hand. „Thus, reduced accountability is likely to be accompanied by a decline in responsiveness to local social needs“ . (a. a. O. S. 123)

Im Bereich des Sports wollte das für Sport zuständige Ministerium dem „Council of Sports“ nur noch die Agenden für den Ausgleichsport (Gesundheits-, Behinderten-

sport) überlassen und den Spitzensport (Wettkampfsport) in die Hände der Wirtschaft (Sponsoring) legen.

Hat der Staat also die wirtschaftliche und damit wohl auch die soziale Kompetenz delegiert, so nimmt er inhaltlich eben auf die sogenannten quangos (autonome, nicht öffentliche Organisationen) zunehmend Einfluß.

Ein politisch durchaus interessanter Zusammenhang, schlußfolgern Henry und Bramham: „Thus ironically a government declaring itself to be against state intervention in all areas of social and economic policy, was exhibiting a growing willingness to intervene in the activities of 'quasi-autonomous' leisure bodies“. (a. a. O. S. 123)

Lehnte Margaret Thatcher 1980 noch die Einrichtung eines Freizeitministeriums mit dem Hinweis auf „so wenig Staat wie möglich“ ab, integrierte John Major 1992 – bei sonstiger Fortführung der freizeitpolitischen Grundposition seiner Vorgängerin – im „Ministry of National Heritage“ die Bereiche Kunst (Kultur), Sport und Tourismus zu einer funktionellen Einheit.

„Sport and the arts were to be linked with tourism because of their use as tools of both national and city specific marketing“. (Bramham, S. 125)

Immerhin, galt doch noch für Margaret Thatcher die freizeitpolitisch eher desintegrierende Leitlinie, „that there was no such thing as society, only individuals“

5. Spanien

Der Tourismus, und eine Liberalisierung des Vereinsgesetzes 1964 – von der insbesondere kirchliche Einrichtungen Gebrauch machten – prägen das „Freizeitbild“ Spaniens.

Forschung über 'Freizeit' bzw. 'Freizeitpolitik' gibt es – mit Ausnahme der in dieser Frage besonders engagierten Universität Bilbao – keine wirklich relevante.

Aber „Despite the fact that leisure policy as such does not have a specific place in Spanish political organisation, it is significant that several political parties made references to leisure in their 1991 election manifestos“. (Gonzales, Urkiola, a. a. O. S. 157)

Die Zuständigkeit für Freizeitfragen ist auf verschiedene Ebenen aufgeteilt. Gonzales und Urkiola stellen insbesondere einen Mangel an Professionalität in Ausbildungsfragen für Freizeitberufe fest.

Freizeitpolitik für ältere Menschen ist in Spanien auf Sozialtourismus und die Gründung von Pensionistenklubs reduziert. Dafür gibt es öffentliche und private Einrichtungen.

Die kommunalen Freizeitüberlegungen für Jugendliche weisen zwei Charakteristika auf: Geldmangel und 'rather utopian ideas' (a. a. O. S. 159).

Immerhin gab es schon vor 1982 (Regierungsantritt der Sozialdemokraten), in den 70er-Jahren sogenannte „free-time-schools“ für Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene. Unterglagen bzw. Forschungsberichte über diese Einrichtungen liegen mir im Detail nicht vor.

Trotz einiger Anläufe, ausgehend vom Jahr der Jugend zu Beginn der 80er-Jahre, über Jugendfragen zu einer koordinierten Freizeitpolitik zu gelangen, blieb die Entwicklung Anfang der 90er-Jahre stecken und nüchtern zu beurteilen mit „young people being regarded simply as cultural consumers rather than active participants in the policy development process“ (a. a. O., S. 159).

Ende der 80er-Jahre entstand das Bewußtsein, daß Stadt- und Regionalplanung die Aspekte Freizeit, Kultur und Tourismus stärker als bisher mit einbeziehen müssen. Verbesserung der Lebensqualität und Wirtschaftsaufschwung können nur unter diesen Vorgaben erreicht werden.

Man hat in Spanien aus dem unkontrollierbaren Wachstum in Städten und Tourismusgebieten spät aber doch gelernt.

Die Möglichkeiten für die Entwicklung einer Freizeitpolitik sind in Spanien (wie auch in Frankreich) sehr eng mit kulturpolitischen Anliegen verbunden: „Culture can thus become a significant element in the development of urban areas. The loss of sectors of industry and of agriculture, the capacity of the arts to generate income, the possibility of employment in new sectors connected with culture, and the attraction offered by cultural events has convinced authorities of the importance of a cultural sector. Thus urban cultural policy has become a priority for the Ministry of Culture and in the departments of culture at the lower level of the Autonomous Communities and their municipalities“ (a. a. O. S. 172)

Der Tourismus hat in Spanien selbstverständlich einen etablierten, politischen Stellenwert (La Secretaria General de Turismo, Ministerium für Transport, Tourismus und Kommunikation) – aber eine Verbindung zu allgemein freizeitpolitischen Anliegen wurde nie hergestellt!

Aus dem Bereich des Sports ist unabhängig von der europaweit festzustellenden Verschiebung der Bedeutung des Vereinssports und der Zunahme des privaten, individualisierenden Fitneß- und Gesundheitssportes, festzuhalten: Viele Gemeinden haben Freizeitsportzentren mit einem Multi-Sport- und Freizeitangebot geschaffen, die sie auch selbst betreiben.

Aber auch in Spanien gilt, daß der Sport ein wesentlicher Träger einer entstehenden Freizeitpolitik sein könnte.

Die Olympischen Spiele 1992 in Barcelona trugen selbstverständlich viel zu dieser Entwicklung bei.

Insgesamt kann auch für Spanien als Fazit angeführt werden: „Equally, social and economic policies in general, and those related to leisure in particular, need to be consolidated. In many instances they exist simply as concepts or statements of intent rather than as policy realities“ (a. a. O. S. 172)

6. Griechenland

Untersuchungen bzw. Berichte aus Griechenland (Papageorgiou) weisen auf ähnliche Gegebenheiten bzw. Tendenzen hin wie in den anderen Ländern: Kaum zentralstaatliche Zuständigkeit für Freizeitfragen, Delegation der freizeitpolitischen Agenden auf die kommunale Ebene.

Auf dieser Ebene ist zwar viel guter (Gestaltungs-) Wille zu finden, meistens mangelt es aber an finanziellen Möglichkeiten für eine umfassende Freizeitpolitik.

Alternativen zum rein kommerziellen Freizeitkonsum werden als wichtig erkannt, jedoch nur in bescheidenem Umfang auch tatsächlich angeboten.

Die freizeitpolitischen Initiativen lassen aber bei den Menschen das Gefühl für „Recht auf Freizeit“ (wie das „Recht auf Arbeit“), und die Erkenntnis für die Wichtigkeit vom ganzheitlichen Lebensstil sowie den Sinn für Lebensqualität abseits materieller Werte langsam aber sicher entstehen.

Die öffentliche Verwaltung Griechenlands wird im europäischen Vergleich als besonders zentralistisch angesehen.

Staatlicherseits wird die Bedeutung der Kultur, deren Verbindung und Stellung im täglichen Leben und der kreative, selbstbestimmte Umgang mit Freizeit als Leitlinie angegeben.

Das Kulturministerium erhielt 1985 zusätzlich die Agenden Sport, Jugend und Erwachsenenbildung, „thus changing its image from that of a ‘manager’ for the archaeological service and the national (state owned) theatres to an ‘umbrella’ for activity aimed at the creative use of free time“ (Papageorgiou, a. a. O., S. 179).

In den späten 80er-Jahren, mit dem Einsetzen der Dezentralisation durch die sozialdemokratische Regierung, wurden die lokalen Behörden aufgefordert, im Rahmen ihrer wahrscheinlich sehr bescheidenen finanziellen Möglichkeiten (Anm. d. Verf.), sich den örtlichen Angelegenheiten von Kultur und Freizeit verstärkt zu widmen:

Schaffung von Freizeitinfrastruktur (Kulturzentren, Jugendzentren, multifunktionale Sport- und Freizeitzentren), und die Finanzierung und Organisation lokaler Festivals und einzelner „events“ (Konzert, Theater, Tanzveranstaltungen).

Die Zentralstellen des Staates erklärten sich für das kulturelle Erbe zuständig (Hochkultur) und verweisen Freizeitaktivitäten, so sie nicht von Regional- oder Lokalregierungen wahrgenommen werden, in den Privatbereich!

Nicht nur für den deutschsprachigen Raum gilt: „... leisure as a term does not exist in the modern Greek language.“ (a. a. O., S. 180).

Papageorgiou resümiert jedoch optimistisch: „Local authorities are much better placed to take initiatives to meet leisure and cultural needs in their localities. The right climate has been created for such initiatives and the initial experimental period has passed“ (a. a. O. S. 187), schließt jedoch mit der Forderung: „However, better levels of organisation, professionalism, financial commitment and consistency are needed in order to move from the amateurish operation of the present time to a more effective mode of provision.“

Zusammenfassung der freizeitpolitischen Situation in Europa

Die Entwicklung der Freizeitpolitik und damit auch der Freizeitwissenschaft hat in den einzelnen europäischen Staaten jeweils ähnliche bzw. sogar verwandte Merkmale.

1. Freizeit wurde am Höhepunkt der Industrialisierung politisch thematisiert, wird aber nicht als Produkt (oder Auswirkung) der Industrialisierung gesehen.
2. Es waren in den Ländern einerseits die Sozialdemokratie andererseits die Kirchen, die sich um sozial abgesicherte Freizeitangebote für die Bevölkerung kümmerten.
3. In der Folge entstanden viele Teil- bzw. Subsysteme der Freizeit besonders: Kultur, Sport, Medien, Jugendarbeit, ... mit entsprechenden Teilstrukturen, die eine Zusammenfassung zu einem einheitlichen, umfassenden politischen Sammelbegriff (Freizeitpolitik) verhinderten.
4. Eine staatlich anerkannte und entsprechend betriebene Freizeitpolitik existiert in keinem Land. Die Gründe dafür sind:
 - * das wirtschaftliche Interesse am freien „Freizeitmarkt“,
 - * der politische Mißbrauch der Freizeit in totalitären Regimen
 - * und der aus diesen Tatsachen ableitbare Fehlschluß: Freizeit ist 'Privatsache'.
5. In allen Staaten wird Freizeit jedoch als „key component in the quality of life and in urban regeneration (both social and economic)“ (a. a. O. S. 157) angesehen.
6. Insbesondere die Gewerkschaften werden von der Freizeitwissenschaft mit diesem Widerspruch (besonders Pkt. 4 und 5) konfrontiert, stehen dem aufgezeigten Zusammenhang jedoch eher unbeeindruckt gegenüber. Und erklären sich für unzuständig.

Die Forderung (1995) an die Gewerkschaftsbewegung, sich von der „Arbeitnehmervertretung zum Interessensanwalt für Lebensqualität“ (Opaschowski/Zellmann, 1995) weiterzuentwickeln, bleibt vorerst unbeantwortet.
7. Eine Freizeitwissenschaft hat sich mangels fehlender (staats-) politischer Akzeptanz nirgends wirklich entwickeln können. Damit sind auch Ausbildungen für Freizeitberufe ausschließlich wirtschaftlich – praxisbezogen (GB, F) und haben nur in den NL eine wirklich wissenschaftliche und soziale bzw. pädagogische Dimension.
8. Der Tourismus, und bis zu einem gewissen Grad auch der Sport, haben ihr integratives Potential für eine koordinierende Freizeitpolitik nicht bereitgestellt.

Vielleicht ergeben sich durch wirtschaftliche Krisen in diesen Bereichen neue Ansatzpunkte?
9. Die Gemeinden müssen zunehmend selbst als „non-profit-Unternehmen“ im privatwirtschaftlichem Sinne Freizeitunternehmungen führen bzw. unter ihrer Kontrolle (Aufsichtsrat) ausgliedern.

Dabei ist insbesondere eine Vernetzung zwischen Freizeitinfrastruktur der Wohnbevölkerung und dem touristischen Angebot vorzunehmen

10. Das Selbstverständnis der Freizeitwissenschaft könnte auch die Grundlage für eine moderne Freizeitpolitik sein:

Die Fähigkeit zum Vernetzen, multikausales und multifunktionelles Denken und Handeln. Unter Berücksichtigung möglichst vieler Interessenslagen.

Literatur:

- Bachl, N.: Sport, Präventivmedizin und Freizeitwissenschaft – gesundheitliche Aspekte für das Freizeitverhalten der Bevölkerung; Wien; Ludwig Boltzmann-Institut für angewandte Sportpsychologie und Freizeitpädagogik; 1994.
- Bramham, P. / Henry, I.: Leisure Policy in Britain. In: Leisure Policies in Europe; Wallingford (UK): Cab Int., 1993, ISBN 085198819 9.
- Bramham, P./Henry, I. / Mommaas, H. /Van der Poel, H (Hrsg.): Leisure Policies in Europe; Wallingford (UK): Cab Int., 1993, ISBN 085198819 9.
- Garber / Popp, R.: Die Entwicklung freizeitpädagogischer Infrastruktur – ein vernachlässigter Aufgabenbereich kommender Sozial- und Kulturplanung. In: Dobusch / Mayr (Hrsg.): Kommunalpolitische Perspektiven, Wien; ORAC, 1992.
- Gonzalez, J. /Urkiola, A.: Leisure Policy in Spain. In: Leisure Policies in Europe; Wallingford (UK): Cab Int., 1993, ISBN 085198819 9.
- Nahrstedt, W.: Zur Freizeit berufen, Bielefeld; IFKA, 1993. ISBN 3-9266499-29-X.
- Olson, H.-E.: Leisure Policy in Sweden. In: Leisure Policies in Europe; Wallingford (UK): Cab Int., 1993, ISBN 085198819 9.
- Opaschowski, H.: Einführung in die Freizeitwissenschaft; Opladen; Leske-Budrich; 1994; ISBN 3-8100-1237-8.
- Opaschowski, H.: Schöne, neue Freizeitwelt? Wege zur Neuorientierung (eine Projektstudie zur Freizeitforschung). Hamburg, B.A.T.-Freizeit-Forschungsinstitut; 1994.
- Opaschowski, H. / POPP, R.: Freizeitpädagogik. Ein innovatives Forschungs- und Praxissystem im Spannungsfeld zwischen Freizeit- und Erziehungswissenschaft; DGfE, 1993.
- Papageorgiou, F.: Leisure Policy in Greece. In: Leisure Policies in Europe; Wallingford (UK): Cab Int., 1993, ISBN 085198819 9.
- v. d. Poel, H.: Leisure Policy in the Netherlands. In: Leisure Policies in Europe; Wallingford (UK): Cab Int., 1993, ISBN 085198819 9.
- Popp, R.: Hat die kommunale Sportpolitik/Sportplanung Spielplätze, mobile (Bewegungs)-Animation und Freizeitbäder vergessen? Salzburg; Skriptum Ludwig Boltzmann-Institut für angewandte Sportpsychologie und Freizeitpädagogik; 1991.
- Popp, R. / Zellmann, P.: Freizeit in Österreich. Bedingungen und Entwicklungen. Wien; Ludwig Boltzmann-Institut für angewandte Sportpsychologie und Freizeitpädagogik; 1994; ISBN 3-901176-05-5.
- Poujol, G.: Leisure Politics and Policies in France. In: Leisure Policies in Europe; Wallingford (UK): Cab Int., 1993, ISBN 085198819 9.
- Siegel, M. R.: Die Renaissance des Unternehmertums. In: Becker, U. (et.al.): Toprends: die wichtigsten Trends für die nächsten Jahre. Düsseldorf-München; Metropolitan-Verl., 1995; ISBN 3-89623-001-8.

Smeral, E.: Tourismus 2005, Wien, Ueberreuter, 1994.

Swoboda, H.: Megatrends in der Freizeit. Referat: Österreichischer Gemeindebund: Ausschuß für Tourismus und Freizeit; 1992.

Zellmann, P.: Die neue Freizeitkultur und ihre Auswirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft. (Freizeit und Freizeitpädagogik: Widerspruch oder Ergänzung?) Vortrag für die Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Schule. Wien; Ludwig Boltzmann-Institut für angewandte Sportpsychologie und Freizeitpädagogik; 1994.

Zellmann, P.: Freizeit(sport)pädagogik im Spannungsfeld zwischen Markt und Moral. Wien; Ludwig Boltzmann-Institut für angewandte Sportpsychologie und Freizeitpädagogik; 1996.

Anschrift des Verfassers: Prof. Mag. Peter Zellmann, Ludwig-Boltzmann-Institut für angewandte Sportpsychologie und Freizeitpädagogik, Schönbrunnerstr. 222-228, A-1120 Wien

Zellmann, P.: Freizeit. Ein europäisches Netzwerk zwischen Politik, Wissenschaft und Ausbildung. In: SPEKTRUM FREIZEIT. 18. Jg. / Heft 2-3/1996, S. 108